An das Stadtparlament

Winterthur

Totalrevision der Verordnung betreffend die Organisation des Wahlbüros vom 3. September 1973 (neu Verordnung über die Wahlen und Abstimmungen) und Änderungen des Reglements über die Entschädigung an Behördenmitglieder vom 27. März 2006

Anträge:

1. Die Verordnung betreffend die Organisation des Wahlbüros vom 3. September 1973 wird total revidiert und neu als Verordnung über die Wahlen und Abstimmungen erlassen. Mit diesem Erlass wird das Reglement über die Entschädigung an Behördenmitglieder vom 27. März 2006 geändert (Beilage 1).
2. Der Stadtrat bestimmt das Inkrafttreten der Verordnung über die Wahlen und Abstimmungen sowie der Änderungen des Reglements über die Entschädigung an Behördenmitglieder vom 27. März 2006.

Weisung:

1. Ausgangslage

Die Verordnung betreffend die Organisation des Wahlbüros stammt aus dem Jahr 1973 und steht nicht mehr im Einklang mit dem übergeordneten kantonalen Recht, das seither erlassen wurde. So wurden das Gesetz über die politischen Rechte vom 1. September 2003 (GPR), die dazugehörige Verordnung über die politischen Rechte vom 27. Oktober 2004 (VPR) sowie das Gemeindegesetz vom 20. April 2015 (GG) in Kraft gesetzt. Im Weiteren wurde die städtische Gemeindeordnung (GO) total revidiert und in der Volksabstimmung vom 26. September 2021 von der Stimmbevölkerung klar angenommen sowie vom Regierungsrat des Kantons Zürich mit Beschluss vom 1. Dezember 2021 vorbehaltlos genehmigt. Alle diese neuen rechtlichen Vorgaben haben zur Folge, dass die Verordnung betreffend die Organisation des Wahlbüros grundlegend überarbeitet und an das neue Recht angepasst werden muss. In diesem Zusammenhang erweist es sich auch als notwendig, die Regelungen unter Ziffer 2.5 «Wahlbüro» im Reglement über die Entschädigung an Behördenmitglieder vom 27. März 2006 anzupassen. Im Weiteren wird der Stadtrat in einer stadträtlichen Verordnung die in seine Zuständigkeit fallenden Aufgaben regeln.

Eine Überarbeitung der genannten Verordnung regte auch das Postulat betreffend Wahlbüro-Organisation Winterthur vom 2. Juli 2018 an, das dem Stadtrat am 27. August 2018 überwiesen wurde. Der diesbezügliche Bericht des Stadtrats vom 3. Juli 2019, der eine entsprechende Weisung in Aussicht stellte, wurde vom Grossen Gemeinderat am 30. November 2020 in zustimmendem Sinn zur Kenntnis genommen.

2. Inhalt der neuen Verordnung über die Wahlen und Abstimmungen im Überblick

Die neue Verordnung über die Wahlen und Abstimmungen regelt in einem ersten Teil die Organisation und Zuständigkeiten der involvierten Behörden und Personen. Zwar ist ein Grossteil davon bereits im GPR vorgegeben, allerdings sind die diesbezüglichen Bestimmungen im Gesetz verstreut. Aus Gründen der Klarheit und auch wegen der in der Vergangenheit bei der Durchführung von Wahlen und Abstimmungen aufgetretenen Pannen rechtfertigt es sich, die Zuständigkeiten explizit und ausführlich in der vorliegenden Verordnung festzuhalten. So finden sich darin Bestimmungen zur wahlleitenden Behörde, zum Wahlbüro, zur Stadtschreiberin oder zum Stadtschreiber und zu den Kreiswahlbüros. Bezüglich des Wahlbüros wird in Zukunft auf den Begriff «Zentralwahlbüro» verzichtet. Dies in Übereinstimmung mit dem übergeordneten Recht des GPR, welches von «Wahlbüro» spricht. Die Abgrenzung von den Kreiswahlbüros ist ohne Weiteres gegeben, da diese sowohl heute wie auch in Zukunft klar als «Kreiswahlbüros» bezeichnet werden.

Der zweite Teil der Verordnung enthält Regelungen zur Stimmabgabe an der Urne sowie zur brieflichen und stellvertretenden Stimmabgabe.

In einem dritten Teil der Verordnung werden zum Thema Auswertung der Wahl- und Stimmzettel die Auszähllokale verankert und die Zuständigkeit zum Entscheid über die Gültigkeit von Wahl- und Stimmzetteln festgelegt.

Der vierte Teil der Verordnung hält Regelungen fest zur Durchführung von kirchlichen Wahlen und Abstimmungen.

Im fünften Teil der Verordnung wird unter dem Titel Geheimhaltung explizit auf das von allen mitwirkenden Personen einzuhaltende Amtsgeheimnis hingewiesen.

Schliesslich enthält der sechste Teil der Verordnung die Schlussbestimmungen zur Aufhebung der aktuellen Verordnung betreffend die Organisation des Wahlbüros und zum Inkrafttreten der neuen Verordnung.

3. Zu den einzelnen Bestimmungen der neuen Verordnung über die Wahlen und Abstimmungen

Art. 1 Wahlleitende Behörde und deren Aufgaben

In § 12 Abs. 1 lit. d und Abs. 2 GPR wird geregelt, dass der Gemeindevorstand, in der Stadt Winterthur somit der Stadtrat, die wahlleitende Behörde für kommunale Wahlen und Abstimmungen ist und diese korrekt durchzuführen hat. Dies wird in der Einleitung der vorliegenden Verordnung wiederholt. Damit wird bekräftigt, dass der Stadtrat als zuständiges und für die Durchführung von kommunalen Wahlen und Abstimmungen verantwortliches Organ auch die generelle Aufsicht über alle weiteren Personen und Organe hat, die bei Wahlen und Abstimmungen mitwirken. Selbstverständlich ist in dieser Aufsicht auch das Recht enthalten, bei Unregelmässigkeiten einzugreifen, also die in solchen Fällen notwendigen Massnahmen anzuordnen (so auch geregelt in § 12 Abs. 2 GPR). Im GPR werden der wahlleitenden Behörde weitere konkrete Aufgaben zugewiesen. Aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit sind diese Aufgaben vollständig aufgelistet.

Art. 2 Präsidentin oder Präsident der wahlleitenden Behörde und deren oder dessen Aufgaben
Die Präsidentin oder der Präsident der wahlleitenden Behörde ist gemäss § 14 Abs. 3 GPR die Stadtpräsidentin oder der Stadtpräsident. Er oder sie kann bestimmte Anordnungen bei der Auszählung der Stimmen treffen, ist zuständig für die Losziehung bei Stimmgleichheit von mehreren Personen und hat Vorkehrungen zu veranlassen, damit der Ausgang der Wahl oder Abstimmung nicht vor der Schliessung der Urnen abgeschätzt werden kann.

Art. 3 Bestand, Wahl und Einsatz der Wahlbüromitglieder

In Übereinstimmung mit § 14 Abs. 2 GPR hält Art. 61 Abs. 1 GO fest, dass das Stadtparlament die Anzahl der Mitglieder des Wahlbüros festlegt. Dementsprechend wird diese Anzahl in der vorliegenden Verordnung wie bis anhin auf maximal 1000 festgesetzt. Zuständig für deren Wahl ist gemäss § 40 lit. b GPR und dem entsprechenden Art. 31 Abs. 2 lit. c GO der Stadtrat, sodass dieser das Nähere dazu regeln wird. Bei der Wahl wird sich der Stadtrat selbstverständlich an die Vorgabe gemäss Art. 61 Abs. 3 GO halten, wonach die politischen Parteien im Wahlbüro nach ihrer Stärke im Stadtparlament angemessen vertreten sein sollen. Weiter ist der Stadtrat auch für den Entscheid über die vorzeitige Entlassung der Mitglieder des Wahlbüros (§ 36 Abs. 1 lit. b GPR) sowie für die Wahl der Vorsitzenden, Sekretärinnen oder Sekretäre und deren Stellvertretungen (Art. 62 Abs. 1 GO) zuständig. Schliesslich ergibt sich aus der Aufgabe des Stadtrats, als wahlleitende Behörde für die korrekte Durchführung von Wahlen und Abstimmungen zu sorgen, dass er das Nähere zum jeweiligen Einsatz der Mitglieder des Wahlbüros bei den einzelnen Wahlen und Abstimmungen (bezüglich Aufgebot und Dispensation) in der stadträtlichen Verordnung regeln wird.

Art. 4 Präsidentin oder Präsident des Wahlbüros und deren oder dessen Aufgaben

Dem Wahlbüro steht die Stadtpräsidentin oder der Stadtpräsident vor, was in Übereinstimmung mit § 14 Abs. 3 GPR in Art. 61 Abs. 2 GO festgelegt ist. Sie oder er bestimmt die städtischen Mitarbeitenden, die bei der vorzeitigen Stimmabgabe an der Urne den Urnendienst versehen (§ 15 Abs. 3 GPR). Vorgesehen ist, mittels einer Präsidialverfügung die für das Stimmregister zuständige Organisationseinheit (die Einwohnerkontrolle) für den Urnendienst zu ermächtigen. Die konkrete Zuteilung der Aufgabe wird durch die Leitenden der Einwohnerkontrolle im Rahmen der Einsatzplanung des Schalterbereichs vorgenommen. Die Organisation des Urnendienstes im Abstimmungslokal im Hauptbahnhof sowie die übrigen im GPR festgelegten Aufgaben der Präsidentin oder des Präsidenten des Wahlbüros werden aufgrund der Einteilung der Stadt Winterthur in Stimmkreise gemäss § 17 Abs. 2 GPR von den Vorsitzenden der Kreiswahlbüros wahrgenommen (siehe Art. 8 der vorliegenden Verordnung).

Art. 5 Vorstand des Wahlbüros

In § 14 Abs. 3 GPR wird bezüglich der Leitung des Wahlbüros lediglich bestimmt, dass die Präsidentin oder der Präsident des Gemeindevorstands dem Wahlbüro vorsteht und die Gemeindevorsteherin oder der Gemeindevorsteher das Sekretariat führt. In Ergänzung dazu legt Art. 62 Abs. 2 GO fest, dass es einen Vorstand des Wahlbüros gibt und dieser aus der Stadtpräsidentin oder dem Stadtpräsidenten und den Vorsitzenden der Kreiswahlbüros besteht. Aufgrund der Grösse des Wahlbüros mit seinen bis zu 1000 Mitgliedern ist dies notwendig, um die im kantonalen Recht dem Wahlbüro zugeordneten Aufgaben überhaupt wahrnehmen zu können, soweit es nicht Aufgaben betrifft, die aufgrund der Einteilung des Stadtgebiets in Kreiswahlbüros von diesen zu erfüllen sind. Diese Aufgaben sind neben der in Art. 62 Abs. 3 GO genannten Ermittlung der Wahl- und Abstimmungsergebnisse die Plausibilisierung dieser Ergebnisse, die Kontrolle der Auswertung der Wahl- und Stimmzettel der Kreiswahlbüros mittels erneuter Auszählung, die Protokollierung der relevanten Angaben und Übermittlung an die wahlleitende Behörde. Schliesslich soll der Vorstand bei einem knappen Ausgang von Wahlen und Abstimmungen die Möglichkeit haben, der wahlleitenden Behörde die Durchführung einer Nachzählung zu empfehlen. Der entsprechende Antrag an den Stadtrat als wahlleitende Behörde wird, wie bei allen Geschäften aus dem Bereich der Stadtkanzlei, von der Stadtschreiberin oder dem Stadtschreiber gestellt.

Art. 6 Aufgaben der Stadtschreiberin oder des Stadtschreibers

Nach § 14 Abs. 3 GPR (mit Verweis auf § 45 Abs. 2 GG) obliegt der Stadtschreiberin oder dem Stadtschreiber die Führung des Sekretariats des Wahlbüros. Die operative Leitung des Sekretariats soll, wie dies seit längerer Zeit der Fall ist, in der stadträtlichen Verordnung an die Leiterin oder den Leiter Wahlen und Abstimmungen delegiert werden. Gemäss § 2 Abs. 2 VPR ist die Stadtschreiberin oder der Stadtschreiber für die Führung des Stimmregisters verantwortlich. Diese Aufgabe führt seit jeher eine städtische Mitarbeitende als Stimmregisterführerin oder ein

städtischer Mitarbeitender als Stimmregisterführer aus. Die diesbezügliche Delegation wurde mittels Beschlusses des Stadtrats vorgenommen. Vorgesehen ist, diese Delegation in der stadträtlichen Verordnung zu verankern.

Art. 7 Aufgaben der Kreiswahlbüros

§ 17 Abs. 1 GPR ermöglicht es, das Stadtgebiet für die Stimmabgabe und die Auswertung der Stimm- und Wahlzettel in Kreise einzuteilen. In Art. 62 Abs. 1 GO wird eine solche Einteilung vorgesehen und der Stadtrat als dafür zuständig erklärt. Eine Änderung an der heutigen Einteilung ist zurzeit nicht vorgesehen. Festzulegen sind in der vorliegenden Verordnung die konkreten Hauptaufgaben, welche die Kreiswahlbüros auszuführen haben. Wie bisher sind dies der Betrieb der Abstimmungs- und Auszähllokale ihres Stimmkreises sowie die Auswertung der Wahl- und Stimmzettel ihres Stimmkreises und die Übermittlung der Auswertungsergebnisse an die zuständigen Stellen. Zudem wird festgelegt, dass der Betrieb des Abstimmungslokals im Hauptbahnhof, welches von den Stimmberechtigten aller Stimmkreise genutzt werden kann, wie heute das Kreiswahlbüro des Stimmkreises Winterthur-Stadt zuständig ist. Untergeordnete Aufgaben der Kreiswahlbüros wie der Transport der Urnen, der brieflich eingegangenen Wahl- und Stimmzettel und der benötigten Hilfsmittel werden in der stadträtlichen Verordnung aufgeführt werden.

Art. 8 Aufgaben der Vorsitzenden der Kreiswahlbüros

Vorgeschrieben in § 17 Abs. 2 GPR ist, dass die Vorsteherin oder der Vorsteher des Stimmkreises die Rechte und Pflichten der Präsidentin oder des Präsidenten des Wahlbüros hat. In der Stadt Winterthur werden diese Personen gemäss Art. 62 Abs. 1 GO neu Vorsitzende genannt, nicht mehr wie bisher Obmänner und Obfrauen. Konkret sind sie verantwortlich für die Leitung ihres Kreiswahlbüros, die Festlegung der Standorte der Auszähllokale in ihrem Stimmkreis, die Erhöhung der Zahl der Hilfspersonen bei Wahlen mit grossem Auszählaufwand, die Zuweisung der Aufgaben an die Mitglieder des Wahlbüros (inklusive Leitung der Urnendienste) und Hilfspersonen in ihrem Stimmkreis, die Regelung des Zutritts der Stimmberechtigten zu den Auszähllokalen sowie die Festlegung der notwendigen Prozesse zur Gewährleistung des Stimmgeheimnisses in den Abstimmungs- und Auszähllokalen ihres Stimmkreises und entsprechende Instruktion der Mitglieder des Wahlbüros und der Hilfspersonen. Selbstverständlich steht es den Vorsitzenden frei, für diese Aufgaben ihre Stellvertretungen hinzu zu ziehen und gewisse Aufgaben abzugeben. Die Verantwortung verbleibt allerdings bei den Vorsitzenden.

Art. 9 Aufgaben der Sekretariate der Kreiswahlbüros

Die Vorsitzenden der Kreiswahlbüros werden gemäss Art. 62 Abs. 1 GO von einer Sekretärin oder einem Sekretär unterstützt. Festzulegen sind in der vorliegenden Verordnung ihre Hauptaufgaben, für die sie verantwortlich sind, nämlich das Aufgebot der Mitglieder des Wahlbüros und der allfällig notwendigen Hilfspersonen in ihrem Stimmkreis, den Entscheid über die Dispensationsgesuche von Mitgliedern des Wahlbüros und Hilfspersonen in ihrem Stimmkreis sowie allgemein die Unterstützung der oder des Vorsitzenden in der Führung des Kreiswahlbüros. Weitere konkrete Aufgaben können ihnen von den Vorsitzenden übertragen werden.

Art. 10 Auslagen der Kreiswahlbüros

Die Stadt Winterthur versorgt die Kreiswahlbüros mit Logopapier, Kuverts und Briefmarken, welche für die Aufgebote der Mitglieder der Wahlbüros und weitere Informationsschreiben verwendet werden können. Die Anschaffung und Wartung von IT-Hardware wie Laptops und Drucker durch die Stadt Winterthur rechtfertigt sich nicht, da diese lediglich für vier bis sieben Urnengänge pro Jahr genutzt werden. Auch die Versorgung mit Büromaterial wie Schreibutensilien, Papier und Ähnlichem oder der Weg über Spesenabrechnungen generiert unnötigen Aufwand. Als kostengünstige und für alle Beteiligten einfachere Variante bietet sich eine pauschale Abgeltung an für Büromaterial und IT-Hardware, welche die Stadt Winterthur nicht zur Verfügung stellt. Angemessen erscheint eine Pauschale von jährlich 1000 Franken pro Kreiswahlbüro. Um eine vollständige Stellvertretung in jedem Kreiswahlbüro sicherstellen zu können, wird damit gerechnet, dass jeweils das Sekretariat sowie deren Stellvertretung mit geeigneten Informatikmitteln ausgestattet werden. Die Kosten setzen sich wie folgt zusammen:

Gegenstand	Bemerkungen	Stückpreis	Kosten über 4 Jahre
Laptop	Je ein Gerät für Sekretariat und Stv. (alle vier Jahre neu)	1000	2000
Drucker	Je ein Gerät für Sekretariat und Stv. (alle vier Jahre neu)	200	400
Programme	Lizenzkosten für Office-Programme und evtl. weitere	100 / Jahr und Person	800
Peripherie	Kabel, Stecker, Weiteres	50 / Jahr und Person	400
Papier, Büromaterial, Weiteres	Diverse weitere Unkosten	50 / Jahr und Person	400
Total Kosten über vier Jahre			4000
Pauschalkosten pro Jahr pro Wahlbüro			1000

Art. 11 Stimmabgabe an der Urne

Da die Stadt Winterthur das Stadtgebiet in Stimmkreise eingeteilt hat (s. Art. 7 vorne), haben die Stimmberechtigten ihr Wahl- und Stimmrecht an der Urne grundsätzlich in einem Abstimmungslokal ihres Stimmkreises auszuüben. Dies gilt am Wahl- oder Abstimmungstag. Zudem muss gemäss § 20 Abs. 2 GPR eine vorzeitige Stimmabgabe an mindestens zwei der vier letzten Tage vor dem Wahl- oder Abstimmungstag gewährleistet sein. Aus logistischen und personellen Gründen rechtfertigt es sich nicht, in allen Stimmkreisen ein Abstimmungslokal an zwei weiteren Tagen zu betreiben. Wie bisher können somit alle Stimmberechtigten ihre Stimmabgabe am Samstag vor dem Wahl- oder Abstimmungstag an der Urne am Hauptbahnhof sowie am Donnerstag und Freitag vor dem Wahl- oder Abstimmungstag während den Schalteröffnungszeiten bei der Einwohnerkontrolle der Stadt Winterthur, Pionierstrasse 7 (Superblock) tätigen. Aus § 34 Abs. 1 VPR, der vorschreibt, dass die Stimmberechtigten den unterschriebenen Stimmrechtsausweis abzugeben, die Wahlzettel soweit erforderlich abstempeln zu lassen und dann die Wahl- und Stimmzettel in die Urne zu legen haben, folgt, dass die Abgabe von verschlossenen Antwortkuverts nicht erlaubt ist.

Art. 12 Stellvertretung

Aus der Regelung von § 35 Abs. 1 und 2 VRG, wonach die Vertreterin oder der Vertreter neben den Wahl- und Stimmzetteln sowie dem Stimmrechtsausweis der vertretenen Person den eigenen Stimmrechtsausweis abzugeben hat, folgt, dass bei einer stellvertretenden Stimmabgabe die Stellvertreterin oder der Stellvertreter und die vertretene Person in demselben Stimmkreis stimmberechtigt sein müssen. Davon ausgenommen ist die Stimmabgabe im Hauptbahnhof und bei der Einwohnerkontrolle der Stadt Winterthur, da dort alle Stimmberechtigten der Stadt Winterthur ihre Stimme abgeben können. Der Vollständigkeit halber und klar formuliert wird die Vorschrift von § 35 Abs. 3 VPR, wonach in kirchlichen Angelegenheiten die Stellvertretung auch durch Stimmberechtigte zulässig ist, die einer anderen Konfession angehören als die vertretenen Personen. Ebenfalls festgehalten wird die Vorschrift in § 68 Abs. 3 GPR, wonach eine stimmberechtigte Person höchstens zwei weitere Personen an der Urne vertreten kann.

Art. 13 Urnenstandorte und Öffnungszeiten der Abstimmungslokale

Gemäss § 19 Abs. 1 GPR bestimmt der Gemeindevorstand und somit der Stadtrat die Urnenstandorte. Dementsprechend wird der Stadtrat in der stadträtlichen Verordnung die Urnenstandorte samt Öffnungszeiten festlegen. Dabei sind die kantonalen Vorgaben gemäss § 20 Abs. 1 GPR umzusetzen, wonach am Wahl- oder Abstimmungstag wenigstens eine Urne während mindestens einer Stunde geöffnet sein muss und die Urnen spätestens um 12 Uhr geschlossen sein müssen. Vorgesehen ist, an den heutigen, sich in der Vergangenheit bewährten Standorten und Öffnungszeiten festzuhalten. Anpassungen sollen dann erfolgen, wenn z.B. ein Standort nicht mehr genutzt werden kann oder sich das Stimmverhalten der Stimmberechtigten stark verändert.

Art. 14 Briefliche Stimmabgabe

Für die nach § 4 Abs. 1 GPR mögliche briefliche Stimmabgabe wird explizit diejenige mit der Post sowie mittels Einwurf in den Briefkasten der Einwohnerkontrolle der Stadt Winterthur, Pionierstrasse 7 (Superblock) genannt. In Anlehnung an die vorzeitige Stimmabgabe an der Urne, die bis Samstag vor dem Urnengang möglich ist (s. Art. 11), müssen die brieflich abgegebenen Stimmen bis um 12.00 Uhr an diesem Samstag bei der Stadtverwaltung eintreffen. Aus der Unterscheidung zwischen der Stimmabgabe an der Urne und der in diesem Artikel geregelten brieflichen Stimmabgabe folgt, dass eine Abgabe von Antwortcouverts in einem Stimmlokal nicht möglich ist, da in einem Stimmlokal die Stimmabgabe an der Urne erfolgt. Gemäss § 36 VPR ist es den Gemeinden überlassen, ob sie die brieflich eingegangenen Antwortkuverts bereits vorbereiten, d.h. öffnen und prüfen wollen oder nicht. Es wird an der langjährigen Praxis festgehalten, dass keine Vorbereitung stattfindet. Die Antwortkuverts werden zwar nach Stimmkreisen sortiert, aber ungeöffnet sicher aufbewahrt. Ausnahmsweise werden die Antwortkuverts geöffnet, wenn die Zuordnung zum Stimmkreis nicht erfolgen kann, weil z.B. der Stimmrechtsausweis fehlt oder die Unterlagen falsch ins Kuvert verpackt wurden.

Art. 15 Nachbezug von Wahl- und Abstimmungsunterlagen

Gemäss § 33 Abs. 2 VPR können Stimmberechtigte, welche die Wahl- und Abstimmungsunterlagen nicht erhalten haben, diese bei der Stimmregisterführerin oder dem Stimmregisterführer beziehen. Die heutige Praxis, wonach dies bis spätestens Freitag, 16:00 Uhr, vor dem Wahl- oder Abstimmungstag möglich ist, wird hier festgehalten. Zudem wird als Ergänzung zum kantonalen Recht bestimmt, dass dies auch dann gilt, wenn die Unterlagen unvollständig sein sollten.

Art. 16 Auszähllokale

Nach § 8 Abs. 1 GPR ist den Stimmberechtigten der Zutritt zu den Räumen zu gewähren, in welchen die Wahl- und Stimmzettel ausgewertet und die Ergebnisse ermittelt werden. Damit die Stimmberechtigten dieses Recht ausüben können, muss ihnen bekannt sein, wo sich die entsprechenden Räume befinden. Deshalb ist in der vorliegenden Verordnung festgelegt, dass es sich bei diesen Räumen um die Auszähllokale handelt und dass deren Standorte auf der städtischen Internetseite veröffentlicht werden.

Art. 17 Ungültige Wahl- und Stimmzettel

In § 72 GPR finden sich Bestimmungen, unter welchen Voraussetzungen Wahl- oder Stimmzettel ungültig sind. Die Zuständigkeit zur Entscheidung über die Gültigkeit einzelner Wahl- und Stimmzettel soll den Vorsitzenden der Kreiswahlbüros zukommen. Es kommt indes auch vor, dass sich grundsätzliche Fragen zur Gültigkeit von Wahl- und Stimmzetteln stellen. So stellte sich zum Beispiel die Frage, ob «Pearl Pedalo» bei der Wahl von Pearl Pedernana als gültig oder ungültig betrachtet werden sollte. Damit eine einheitliche Handhabung in allen Stimmkreisen erfolgt, sind solche grundsätzlichen Fragen vom Vorstand des Wahlbüros zu entscheiden.

Art. 18 Übertragung der Wahlleitung

Nach Art. 17a Abs. 2 des kantonalen Kirchengesetzes (KiG) kann die kirchliche wahlleitende Behörde bei Wahlen und Abstimmungen in den Kirchgemeinden Aufgaben der Wahlleitung ganz oder teilweise der politischen Gemeinde übertragen. Es ist also möglich, dass für jede einzelne Wahl oder Abstimmung unterschiedliche Aufgaben übertragen werden können. Deshalb ist in der vorliegenden Verordnung festzuhalten, dass die kirchliche wahlleitende Behörde bei jeder Wahl oder Abstimmung die zu übertragenden Aufgaben bezeichnet. Es soll aber auch möglich sein, dass eine Kirchgemeinde für sämtliche kirchlichen Wahlen und Abstimmungen eine generelle Übertragung aller Aufgaben der Wahlleitung vorsieht.

Art. 19 Zusammenarbeit

Im Sinne einer Bekräftigung der guten Zusammenarbeit wird festgehalten, dass kirchliche Wahlen und Abstimmungen in Absprache mit und im Auftrag der zuständigen kirchlichen Organe durchgeführt werden.

Art. 20 Auslagenersatz und Entschädigung

Art. 17a Abs. 5 KiG verpflichtet die Gemeinden, die übertragenen Aufgaben gegen Ersatz der Auslagen und angemessene Entschädigung zu übernehmen. Aufgrund von Erfahrungswerten werden für die drei wesentlichen übertragenen Aufgaben Pauschalen festgelegt. Zurzeit gibt es eine Vereinbarung zwischen der Kirche (dem Stadtverband der evangelisch-reformierten Kirchgemeinden der Stadt Winterthur) und der Stadt, die besagt, dass die Stadt Ersatzwahlen von Mitgliedern der Kirchenpflegen durchführt und im Gegenzug die Kreiswahlbüros berechtigt sind, die Kirchgemeindehäuser für den Auszähldienst kostenlos zu verwenden. Explizit wird die Möglichkeit festgehalten, eine solche Vereinbarung abzuschliessen. Zuständig dafür ist der Stadtrat. Vorgesehen ist, dass diese Kompetenz in der stadträtlichen Verordnung an die Stadtschreiberin oder den Stadtschreiber delegiert wird.

Art. 21 Geheimhaltung

Nach § 7 GPR ist bei Urnenwahlen und Urnenabstimmungen sowie bei geheimen Wahlen und Abstimmungen das Stimmgeheimnis uneingeschränkt, in den übrigen Fällen soweit als möglich zu wahren. Zur Bekräftigung dieser Geheimhaltungspflicht wird in der vorliegenden Verordnung explizit auf das Amtsgeheimnis hingewiesen, wobei die betroffenen Personen als bei der Durchführung von Wahlen oder Abstimmungen mitwirkende Personen direkt angesprochen werden.

Art. 22 Aufhebung von Erlassen

Mit dieser Verordnung wird die Verordnung betreffend die Organisation des Wahlbüros vom 3. September 1973 totalrevidiert. Letztere ist deshalb aufzuheben.

Art. 23 Inkrafttreten

Wie bei einzelnen Bestimmungen vorne erwähnt, ist der Stadtrat in gewissen Punkten aufgrund des kantonalen Rechts zum Erlass von Regelungen zuständig. Zudem wird er mit der vorliegenden Verordnung auch ermächtigt, Ausführungsbestimmungen zu erlassen. Es macht daher Sinn, solche Regelungen zusammen mit der vorliegenden Verordnung in Kraft zu setzen. Deshalb soll der Stadtrat den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung bestimmen.

4. Anpassungen des Reglements über die Entschädigung an Behördenmitglieder vom 27. März 2006

Das Reglement über die Entschädigung an Behördenmitglieder vom 27. März 2006 enthält Regelungen zur Entschädigung der Mitglieder des Wahlbüros. Einerseits ist es notwendig, gewisse Personenbezeichnungen anzupassen, andererseits können gleichzeitig Anpassungen an heutige Usancen in der Gesetzesredaktion sowie Ergänzungen zur Klarstellung von Fragen aus der Praxis erfolgen.

Art. 16 Stundenentschädigung

In Abs. 1 werden lediglich die Doppelpunkte entfernt. Die Höhe der Stundenansätze bleibt unverändert, dies in Übereinstimmung mit Art. 2, wo ebenfalls von einem Stundenansatz von 30 Franken ausgegangen wird.

Die bisherige Formulierung von Abs. 2, wonach ab 20.00 Uhr auf der Stundenentschädigung ein Zuschlag von 50% entrichtet wird, erweist sich als umständlich. Einfacher ist es, den Stundenansatz direkt mit Fr. 45.00 anzugeben.

Explizit festgehalten wird in Abs. 3, dass die geleistete Arbeitszeit im Zeitraum vor und nach 20.00 Uhr jeweils separat zusammengezählt wird, unter Abzug der Pausen.

Die Entschädigung für angebrochene Stunden entspricht der heutigen Praxis und wird in die Verordnung überführt (Abs. 4).

Art. 17 Grundentschädigung für Spezialfunktionen

In Abs. 1 werden ebenfalls die Doppelpunkte entfernt sowie die Höhe der Grundentschädigungen unverändert gelassen. Neu wird die weibliche Form der betroffenen Personen zuerst genannt. In lit. a wird der Begriff «Zentralwahlbüro» durch «Wahlbüro» ersetzt (vgl. Ziff. 2. vorne).

In lit. c und d wird die Bezeichnung «Obmänner und Obfrauen» ersetzt durch «Vorsitzende» gemäss der neuen Bezeichnung in Art. 62 Abs. 1 GO.

Lit. e wird aufgehoben, da die Gruppenchefinnen und -chefs in der Praxis keine Spezialaufgaben haben, welche eine zusätzliche Entschädigung rechtfertigen.

Da die Änderungen zusammen mit der neuen Verordnung über die Wahlen und Abstimmungen sowie der dazugehörigen Vollzugsverordnung des Stadtrats in Kraft treten soll, ist der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderungen ebenfalls vom Stadtrat zu bestimmen.

Die Berichterstattung im Stadtparlament ist dem Vorsteher des Departements Kulturelles und Dienste übertragen.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

M. Künzle

Der Stadtschreiber:

A. Simon

Beilagen:

1. Entwurf Verordnung über die Wahlen und Abstimmungen und geändertes Reglement über die Entschädigung an Behördenmitglieder vom 27. März 2006 (CRS)
2. Tabellarische Darstellung des Verordnungstextes mit Kommentaren (Synopsis)